Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 159 (1993)

Heft: 5

Artikel: Nein sagen heisst Verantwortung tragen : Bundesrat Kaspar Villiger zur jüngsten Entwicklung in Europa, zur Sicherheitspolitik und zu den beiden wehrpolitischen Initiativen

Autor: Villiger, Kaspar

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-62406

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nein sagen heisst Verantwortung tragen

Bundesrat Kaspar Villiger zur jüngsten Entwicklung in Europa, zur Sicherheitspolitik und zu den beiden wehrpolitischen Initiativen

Das Schweizer Stimmvolk wird am 6. Juni, also in wenigen Wochen, über zwei wichtige wehrpolitische Vorlagen zu entscheiden haben: einerseits über die Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge», anderseits über die Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär». Es geht dabei nicht, wie viele Bürgerinnen und Bürger fälschlicherweise glauben, um einen bestimmten Flugzeugtyp, dessen Stückzahl oder Preis, und es geht auch nicht (nur) um ein bestimmtes Ausbildungszentrum für unsere Bürgersoldaten. Die zwei Initiativen fordern bedeutend mehr. Sie zielen nämlich ganz direkt gegen zwei Pfeiler einer zeitgemässen und glaubwürdigen Landesverteidigung: Ausrüstung und Ausbildung. Weshalb Bundesrat und Parlament zu beiden Initiativen NEIN sagen, erläutert EMD-Chef *Kaspar Villiger* in seinem engagierten Beitrag.

Liebe ASMZ-Leserinnen und -Leser.

Ob eine Schweiz mit oder ohne Armee, sei nicht eine Frage des EMD, sagte Bundespräsident *Adolf Ogi* an der Pressekonferenz der Landesregierung: «Es ist eine Frage des Landes.» Ich unterstreiche dies. Es geht am 6. Juni nicht um die isolierte Frage nach neuen Flugzeugen oder Waffenplätzen. Es geht um die Sicherheit der Schweiz. Und um die Frage, ob die Sicherheit der Schweiz in die Hände von Armeeabschaffern gehört. Oder ob die Politik der langfristigen Verantwortung gefragt ist, die nicht mit jeder Strömung des Zeitgeistes schwankt. Darum geht es letztlich!

Bewegte Zeiten

Im Sommer 1989 kehrten Zehntausende von DDR-Bürgern ihrem Regime den Rücken, um wenige Monate später vom Westen aus mitzuerleben, wie Landsleute drüben die Berliner Mauer, Symbol sozialistischer Gewaltherrschaft, niederrissen. Ein ganzer Kontinent schwebte im Freudentaumel, als sich weitere osteuropäische Völker aufbäumten. Das Sowjetreich fiel in sich zusammen, der Warschauer Pakt wurde aufgelöst. Volksaufstände wie in Rumänien wurden, obschon an Brutalität kaum zu überbieten, von vielen Leuten geradezu euphorisch mitverfolgt. Die Flüchtlingsströme aus Albanien mussten sogar als Sujet für die Werbung herhalten.

In jenen Herbst 1989 fiel, Sie erinnern sich, die Abstimmung über die Abschaffungsinitiative eins der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee». (Ich sage bewusst «eins», weil nämlich die «zwei» bereits vorbereitet

Die «Grosse Zerlegung» der Armee

Gegen die Schweizer Armee zielen gleich eine ganze Reihe von Initiativen:

			Halbierung des Militärbudgets (eingereicht)
			Rüstungsexport-Verbot (eingereicht)
			Zivilschutz-abschaffungs-Initiative (angekündigt)
			Zweite Armee-abschaffungs-Initiative (angekündigt)
		1993: Waffenplatz-Initiative	Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht (angekündigt)
1987: Rüstungsreferendum (abgelehnt)	1989: Armeeabschaffungs-Initiative (abgelehnt)	1993: Flugzeugverhinderungs-Initiative	Schweiz ohne Beteiligung an einer europäischen Militärstruktur (angekündigt)

Da klingt es wirklich wie Hohn, wenn die Armeeabschaffer von «Denkpause» reden!

Moderne Flugwaffe schützt Leben am Boden: Hornet F/A-18 (oben) und Mirage III S über den Alpen. (Aufnahme: Armeefotodienst)

wird, und die jetzigen Initiativen von der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» nur als Zwischenspurt dorthin bezeichnet werden.) Trotz der damaligen Friedenswelle sowie des Irrglaubens, mit dem Ende des Kalten Krieges würden Kriege aus der Geschichte verschwinden, erteilte unser Volk der «eins» eine Abfuhr. Und es hatte recht.

Chancen, aber auch Risiken

Plötzlich setzte allgemeine Ernüchterung ein. Der Golfkrieg, das Kurdendrama, die immer heftigeren Nationalitätenkonflikte in der früheren Sowjetunion, der wiederaufkeimende Fundamentalismus und Rassismus, zuletzt der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien mit «ethnischen Säuberungen», die an den abscheulichsten Abschnitt in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts erinnern, haben vielen die Augen geöffnet. Die Erkenntnis, dass der ewige Friede wohl doch noch nicht Einzug hielt, begann sich durchzusetzen.

Der Bundesrat hat dem Wandel in Europa schon 1990 Rechnung getragen, als er die schweizerische Sicherheit neu definierte. Dass unser damals festgelegte Weg, trotz der immensen Umwälzungen in Ost- und Mitteleuropa seither, nach wie vor «stimmt», ist kein Zufall. Denn das Gedankengut unserer Sicherheitspolitik ist nicht von starren Schemata, sondern von Optionen, vom Abwägen möglicher Entwicklungen und Antworten darauf geprägt. Der Schlüssel heisst: Chancen realisieren – gegen Risiken wappnen.

Kleiner, flexibler, moderner

Lassen Sie mich diesen Schlüssel noch etwas eingehender erklären: Der Zerfall der kommunistischen Diktaturen hat junge Demokratien hervorgebracht, deren Entwicklung es zu fördern gilt. Die Schweiz tut dies sehr aktiv, und zwar mit finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Programmen, damit diese Länder sicherer und stabiler werden. Denn unsere Sicherheit hängt weitgehend von jener unserer Nachbarn ab.

Auf der anderen Seite muss die Schweiz aber auch mögliche negative Entwicklungen im Auge behalten und sich darauf einrichten. In der Praxis bedeutet dies, die Landesverteidigung der veränderten Lage anzupassen, sich gegen nach wie vor vorhandene oder mögliche neue Risiken vorzusehen. Die Antwort darauf heisst Armee '95: kleiner, flexibler, moderner. Eine Armee, die gleichzeitig für den Frieden und gegen den Krieg arbeitet. Ein zeitgemässes, multifunktionales Instrument der Sicherheitspolitik und des Krisenmanagements.

EMD mit sinkendem Budget

Unser Volk will – das bestätigen auch neueste Zahlen – unser Volk will

Die Hornet F/A-18 ist für unser Land ideal

Die Hornet F/A-18 ist für die Schweiz das beste Flugzeug. Sie hat neben hohen technischen Qualitäten ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis. Sie ist der zweitgünstigste Abfangjäger auf dem westlichen Markt. Im Vergleich zum ebenfalls in der Schweiz getesteten F-16 hat die Hornet klare Vorteile bezüglich Preis/Leistung. Weit teurere Flugzeuge (F-15, F-14, Rafale) wurden aus Kostengründen gar nicht in die Evaluation einbezogen.

Die Hornet ist ein x-fach erprobtes, bewährtes Flugzeug!

Die Amerikaner haben bereits mehr als 1000 Hornet F/A-18 hergestellt. Neben den USA haben sich auch Kanada, Finnland, Spanien, Kuwait und Australien für dieses Flugzeug entschieden.

Die 130 Hunter unserer Flugwaffe, die nun liquidiert und durch Hornet ersetzt werden sollen, haben Jahrgang 1958!

Zur Erinnerung: 1958 erlebten am Automobil-Salon in Genf das «Goggomobil» und der «Fiat 500» Schweizer Premiere!

Die Hornet F/A-18 wertet Mirage und Tiger klar auf

Die Hornet F/A-18 ist enorm beweglich und manövrierfähig, was gerade in einem kleinen und gebirgigen Land Vorteile bringt. Sie beschleunigt und steigt rasch, so dass sich die Dauer der Lärmbelastung am Boden reduziert. Ihre Elektronik stellt, auch gegenüber ihrem Hauptkonkurrenten, dem F-16, einen eigentlichen **Generationensprung** dar.

Die Hornet F/A-18 wertet die Mirage III S und Tiger F-5 der Schweizer Flugwaffe erheblich auf. Sie kann diese dank ihres hochmodernen Radars in Lufträume einweisen, sie dort führen und auch vor gegnerischen Fernlenkwaffen warnen. Im Verbund garantiert eine mit 34 F/A-18 ergänzte Flotte eine zuverlässige Luftraumverteidigung.

Raketen sind keine valable Alternative zu Flugzeugen. Sie können weder beobachten, identifizieren noch warnen, sondern nur schiessen oder nicht schiessen. Ausserdem ist mit Raketen keine rasche örtliche Konzentration möglich.

Am 6. Juni 1993

2 × Nein zur Armee-Abschaffung in Raten

Am 6. Juni 1993

2 × Nein zur Armee-Abschaffung in Raten

nach wie vor eine Armee. Nicht irgendeine, sondern eine, in welche es Vertrauen haben kann. Eine Armee, die ihre vielfältigen Aufgaben (Friedensförderung, Existenzsicherung, Katastrophenhilfe und als ultima ratio Landesverteidigung) zuverlässig erfüllt. Man kann aber nicht eine moderne Armee wollen, ihr die erforderlichen Mittel jedoch vorenthalten. Auch Sicherheit hat ihren Preis.

Dass das EMD durchaus willens ist, zugunsten anderer Departemente zu sparen und damit eine Friedensdividende zu leisten, zeigen die Budgetzahlen der vergangenen Jahre: Seit 1989 sank der Anteil der Militärausgaben am gesamten Bundeshaushalt von 17 auf 12 Prozent. Während alle anderen Bundesaufgaben immer mehr Geld verschlingen, muss das EMD mit immer weniger auskommen. Kein Departement trägt also mehr zur Sanierung der Bundeskasse bei. Und trotzdem hat der Flugzeugkauf im EMD-Haushalt Platz. Wir sparen uns die Erneuerung des Luftschirms zusammen, weil diese von höchster Priorität ist.

Von Aufrüstung keine Rede

Ein Schuljunge hat mir jüngst geschrieben, es wäre blöd, wenn wir ein neues Flugzeug kaufen würden und es dann nicht brauchen. Aber es wäre noch viel blöder, wenn wir keines kauften, dann aber eins brauchen würden. Die Initiative der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» will bis ans Ende dieses Jahrhunderts jeden Flugzeugersatz verbieten. Egal, ob gekauft, geleast, geschenkt oder selber gebastelt: die Erneuerung unseres Luftschirms würde völlig blockiert.

Ohne leistungsfähige Flugwaffe ist eine wirksame Verteidigung des Landes und ein echter Schutz der Bevölkerung und der Bodentruppen schlicht unmöglich; das haben uns die jüngsten Kriege am Golf und in Jugoslawien drastisch vor Augen geführt. Unsere Hunter stammen von 1958, haben also den gleichen Jahrgang wie der erste Fiat 500 und das Goggomobil. Und da soll noch einer behaupten, die Schweiz rüste auf, wenn sie 130 herumfliegende Oldtimer durch 34 moderne, vielfach praxiserprobte F/A-18 ersetzt. Das ist keine Aufrüstung, sondern eine erforderliche Erneuerung zum richtigen Zeitpunkt!

Kosten sind immer relativ

3,5 Milliarden Franken für 34 Flugzeuge sei sehr viel Geld, mögen Kritiker einwenden. Das stimmt, aber doch nur bedingt. Die Hornet haben eine Nutzungsdauer von rund 30 Jahren. Somit kosten sie pro Jahr, inklusive Unterhalt und Betrieb, 170 Millionen Franken. Das sind weniger als ein halbes Prozent des gesamten Bundeshaushaltes oder etwa 25 Franken pro Einwohner. Diese Versicherungsprämie für einen guten Luftschirm scheint mir wahrlich nicht übertrieben!

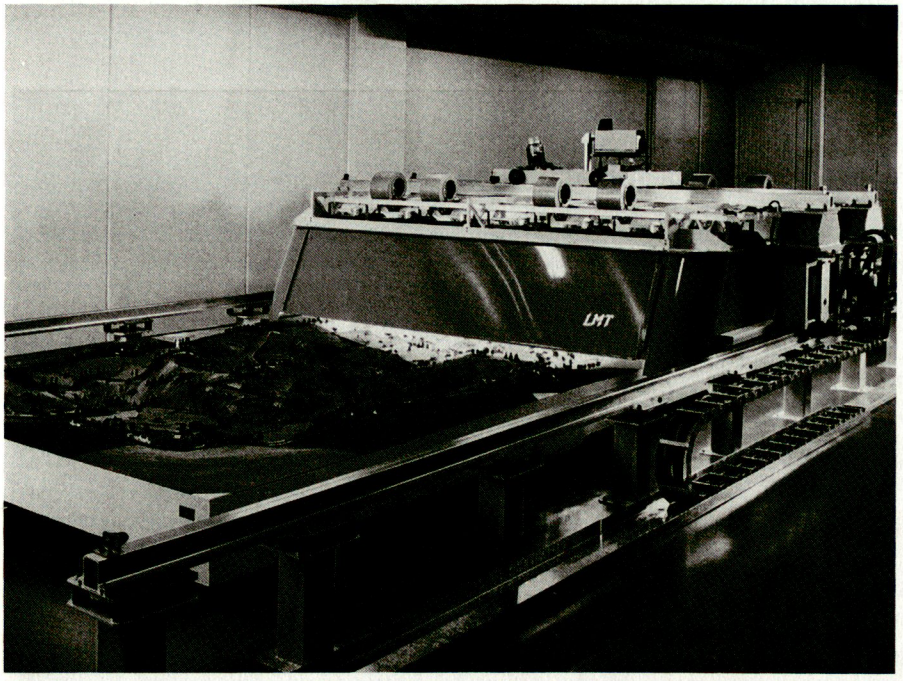
Hinzu kommt, dass die Schweizer Industrie von diesem Geschäft erheblich profitieren wird. Einerseits kann sie sich im Betrag von gut 300 Millionen Franken direkt an der Herstellung von Flugzeugkomponenten für die 34 Hornet beteiligen. Anderseits erwarten sie Kompensationsgeschäfte mit den USA für über 2 Milliarden Franken. Dies sichert dem Werkplatz Schweiz etwa 20 000 Mann-Jahre Arbeit, in einer wirtschaftlichen Flaute ein veritables Impulsprogramm!

Die Initiative erschwert eine moderne Ausbildung

Wie im Zivilbereich Computer, sind in der Armee Simulatoren nicht mehr wegzudenken. Die Schulung von Panzerbesatzungen, Lenkwaffenschützen, Flabkanonieren und Piloten wird dadurch effizienter, kostengünstiger und auch umweltschonender. Für die Lastwagenfahrer sind im Rahmen der Armeereform mehrere Ausbildungszentren mit Fahrschul-Simulatoren geplant.

Simulatoren sind komplexe technische Einrichtungen mit entsprechend hohen baulichen Anforderungen. Bestehende Bauten auf Waffenplätzen eignen sich in den wenigsten Fällen.

Weil die Anti-Waffenplatz-Initiative Neubauten erschwert, ist sie abzulehnen!

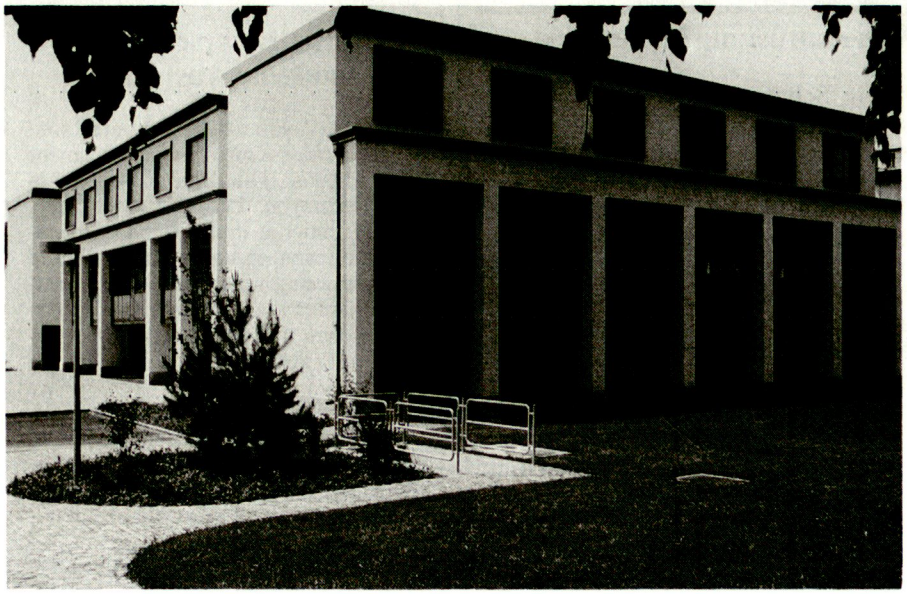


Moderne Anlagen vermindern Umweltbelastung: Fahrsimulator zum Panzer «Leopard» in Thun. (Aufnahme: Armeefotodienst)

Titel und Text sind zweierlei

Das Stichwort «Arbeitsplätze» bringt mich zum Ausbildungsbereich. Wie im zivilen Bildungswesen, muss auch die militärische Schulung den sich wandelnden Anforderungen und Bedürfnissen angepasst werden. Oder könnten Sie sich vorstellen, dass die Bundesverfassung eines Tages verbietet, Schulhäuser zu erweitern oder veraltete zu ersetzen? Genau in diese Richtung zielt jedoch die Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär».

Dieser schlagwortartige Titel umschreibt nämlich in keiner Weise, was der Initiativtext wirklich will. Er sug-



Ausbildung nach zeitgemässen Lehrmethoden erfordert entsprechende Einrichtungen: Neues Lehrgebäude in der Kaserne Aarau. (Aufnahme: Armeefotodienst)

geriert Zustimmung zu Fragen, über die längst Einigkeit herrscht. 40 Waffenplätze sind auch nach Meinung des Bundesrates genug, weshalb diese Obergrenze im neuen Militärgesetz festgeschrieben wurde. Und was den Umweltschutz betrifft, rennen die Initianten beim EMD offene Türen ein. Das kümmert sie jedoch wenig. Sie torpedieren jede Modernisierung der militärischen Ausbildung – und das im Zeitalter von Simulatoren und Elektronik!

Die Initiative behindert sinnvolle Umnutzungen

Militär und zivile Behörden tauschen bisweilen Areal oder Gebäude ab, wenn die Umnutzung sinnvoll erscheint und ein Realersatz garantiert ist. Dazu zwei Beispiele:

In Dübendorf soll anstelle der alten Offizierskaserne ein Altersheim entstehen. Im Gegenzug bekommt das EMD von der Gemeinde Areal zur Errichtung eines Schulungszentrums für die Flieger- und Fliegerabwehrtruppen. Behörden und Bevölkerung stehen diesem Vorhaben positiv gegenüber.

In Frauenfeld sollen im Zusammenhang mit der Bahnhof-Erweiterung (Bahn 2000) drei zusammenhängende Liegenschaften des EMD an den Kanton Thurgau respektive an die PTT abgetreten werden. Im Gegenzug möchte die Armee von der Stadt Gelände, um ein Gebäude für Artillerie-Schiess-Simulatoren zu bauen.

Weil die Anti-Waffenplatz-Initiative Ersatz und Abtausch von Gelände und Gebäuden behindert, ist sie abzulehnen!

Wölfe im Schafspelz

Die Armeegegner haben in letzter Zeit ihren Tonfall seltsamerweise erheblich gedämpft. Angesichts der verschärften internationalen Lage geziemt es sich für sie offensichtlich nicht mehr, von Armeeabschaffung zu sprechen. Man redet jetzt, ganz moderat und fast kollegial, von Kompromiss, von Denkpause, von «durchaus positiv gemeinten Empfehlungen an die Regierung». Wie doppelzüngig da man sich doch «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» nennt. Die Initianten machen jetzt auf Verantwortung. Sie haben die Rhetorik geändert – aber nicht das Ziel.

Bundesrat, EMD und Armee haben

Am 6. Juni 1993

2 × Nein zur Armee-Abschaffung in Raten

seit dem Wandel von 1989 sehr wohl nachgedacht und gehandelt: neues Armeeleitbild, Verkleinerung der Truppe um einen Drittel, Auflösung des Landsturms, Verkürzung der Ausbildungszeiten, Neuregelung des Zivildienstes oder Ausgabenreduktion sind nur einige Beispiele dafür. Und die Armeeabschaffer? Diese haben weder den Namen noch ihr Ziel, sondern höchstens ihre Taktik geändert. Mit einer Initiativenkaskade (siehe Kasten) wollen sie bloss verhindern, erschweren, blockieren, abschaffen. Und in die Hände dieser Leute soll die Schweiz ihre Sicherheit legen?

Verantwortung oder Spektakel

Die Politik kennt den Weg der langfristigen Verantwortung und die Sackgasse des momentanen Spektakels. Der Weg des Bundesrates ist jener der Verantwortung. Gerade in der Sicherheitspolitik will er mit der Zeit gehen, ohne aber mit dem Zeitgeist zu schwanken. Die beiden Initiativen hingegen, über die am 6. Juni abgestimmt wird, orientieren sich an kurzfristigem, auf Effekthascherei bedachtem Opportunismus. Dazu sagen Bundesrat und Parlament ganz klar NEIN. Denn nein sagen heisst hier: Verantwortung tragen.

Auch Soldaten haben Anspruch auf anständige Unterkünfte: Freizeitraum der Kaserne Aarau. (Aufnahme: Armeefotodienst)